



Regierungsrat Stephan Attiger besucht das Reservekraftwerk Birr der General Electric.

Bild: Sandra Ardizzone

# Energiedirektor Attiger besichtigt Notkraftwerk Birr

Der Vorsteher des Departements für Verkehr, Bau und Umwelt, Regierungsrat Stephan Attiger, unterhielt sich mit den Verantwortlichen von General Electric über Lärm.

Jocelyn Daloz

Regierungsrat Stephan Attiger hat sich mit Verantwortlichen von General Electric in Birr getroffen. Der amerikanische Konzern baut auf dem Gelände das vom Bund beauftragte Reservekraftwerk, das im Notfall die Schweiz vor einer Energiemangelgefahr bewahren soll.

Der Vorsteher des kantonalen Departements Bau, Verkehr und Umwelt traf sich vor Ort, um die acht Gasturbinen zu besichtigen. Aber auch, um sich mit den Ingenieuren von General Electric über die Umweltaspekte des Projektes zu unterhalten. Der Kanton Aargau ist im Aufbauprozess des Reservekraftwerkes in Birr weitgehend entmachtet. Das Bundesamt für

Umwelt hat den Lead. Der Bund hat per Notrecht das Einspracherecht ausgehebelt und dessen aufschiebende Wirkung aufgehoben.

Der Kanton hat lediglich Auflagen gefordert, um die Birrer und Aargauer Bevölkerung so gut wie möglich von den negativen Auswirkungen eines allfälligen Betriebes zu schützen.

## Lärm bis zu 74 Dezibel auf dem Balkon

Am meisten sorgt sich das Departement für Umwelt um den Lärm. Im initialen Faktenblatt, welches General Electric und das Bundesamt für Umwelt zirkulieren liessen, wurde eine Lärmbelastung bei den Fenstern der nahe gelegenen Überbauung Wyde von 74 Dezibel ge-

schätzt – eine unzumutbare Belastung, finden sowohl der Bund als auch der Kanton. Die Lärmschutzwand und massive Schalldämpfer an den acht Turbinen sollen die Lärmimmissionen auf ein Minimum reduzieren.

Nach der Sitzung zwischen dem Regierungsrat und den GE-Ingenieuren zeigt sich Stephan Attiger «beeindruckt vom extrem raschen Fortschritt und Professionalität bei den Bauarbeiten». Gegenüber der AZ bezeichnete er den Austausch als produktiv. Er habe selbstverständlich ein besonderes Augenmerk auf die Umweltmassnahmen gelegt: «Wir konnten uns heute vergewissern, dass die Forderungen des Kantons ernst genommen werden.» Tatsächlich ist die 20 Meter hohe Lärm-

schutzwand fast fertig gebaut. Im Laufe des Jahres werden auch die Schalldämpfer geliefert. Ausserdem haben sich die Fachstellen des Kantons mit GE getroffen, um nötige Massnahmen zur Sicherung des Öltanks (zum Schutz des Grundwassers) zu besprechen.

Bei der Begehung der Baustelle wollte das GE-Team die Effektivität der getroffenen Lärmschutzmassnahmen beweisen. Zu diesem Zweck fand ein Test zur Herstellung der Betriebsbereitschaft einer Gasturbinen-Generatoreinheit statt. Ein GE-Pressesprecher sagt: «Der durchgeführte Testlauf der Gasturbine sowie der Besuch auf der Baustelle wurden von den Teilnehmenden rundum als positiv bewertet».

# Stimmrechtsalter 16 nimmt erste Hürde

Nächste Woche reichen die Initiantinnen und Initianten die Unterschriften ein.

Eva Berger

Am 7. Februar 1971 haben die Schweizerinnen das Stimm- und Wahlrecht erhalten. Genau 52 Jahre später, am 7. Februar 2023, machen Aargauer Jungparteien einen Schritt in Richtung Stimm- und Wahlrecht für 16- und 17-Jährige im Aargau. Die dafür nötigen Unterschriften haben sie beisammen, allerdings sind diese gemäss Komitee-Mitglied Peter Weihrauch von den Jungen Grünen noch nicht überprüft.

Er ist aber optimistisch, dass mindestens 3000 gültige Unterschriften in dem Paket sind, das am nächsten Dienstagnachmit-

tag der Staatskanzlei übergeben werden soll. Die Rückmeldungen beim Sammeln seien vielfältig gewesen, sagt er. «Es gab einige, die weder unterschreiben noch unsere Argumente für ein Stimmrechtsalter 16 hören wollten», andere seien von der Idee längst überzeugt.

## Auch ein Gegenkomitee hat sich bereits formiert

Die Initiative ist breit abgestützt: Die Juso sowie die Jungparteien von Grüne, EVP, GLP und Mitte und die Sektion Freiamt der Jungfreisinnigen tragen sie. Unterstützt werden sie dabei von der SP, den Grünen, aber auch Pro Juventute

und dem Jugendparlament Aargau.

Indes gibt es bereits ein Gegenkomitee, bestehend aus Vertretern der Jungen SVP. Dieses hat prominente Unterstützung, Nationalrätin Stefanie Heimgartner etwa oder die Grossratsmitglieder Nicole Müller-Boder und Adrian Gräub (alle SVP) stellen sich ebenfalls gegen Stimmrechtsalter 16.

Man trage erst ab 18 die volle Verantwortung für sein eigenes Leben, also soll auch der Urnengang erst dann möglich sein, ist eines der Argumente. Ausserdem habe sich das System, wie es heute ist, bewährt und die Stimmbeteiligung sei

bei jungen Erwachsenen schon heute tief. Eine Senkung des Stimmrechtsalters würde dieses Problem nicht lösen, sagen die Gegner.

## Reif genug, um mitbestimmen zu können

Auch die 16- und 17-Jährigen wollen im Aargau ihre Zukunft mitgestalten, sagen hingegen die Befürworter von Stimmrechtsalter 16.

Das Medianalter der Wählenden in der Schweiz sei mit 57 Jahren zudem hoch, die Jugend wäre gleichzeitig reif, informiert und engagiert genug, um in die politischen Prozesse eingebunden zu werden.

# Junge Grüne mit voller Liste und neuem Co-Präsidium

Mit acht Frauen und acht Männern steigen die Aargauer Jungen Grünen in den Nationalratswahlkampf.

Eva Berger

Die Jungen Grünen Aargau haben am Wochenende ihre 16 Kandidatinnen und Kandidaten für die Nationalratswahlen vom 22. Oktober nominiert. Der Vorstand stellte der Versammlung in Brugg zwei Varianten der Liste zur Auswahl: Einerseits eine Doppel-Zebra-Liste, auf der jeweils zwischen zwei Frauen und zwei Männern abgewechselt wird, oder eine Bergziege: alle Frauen auf den vorderen, die Männer auf den hinteren Plätzen.

Die Jungen Grünen haben sich, nach einiger Diskussion, für Letzteres entschieden, wie die Partei in einer Medienmitteilung schreibt. Sie begründen das damit, dass Frauen im Nationalrat und im Aargauer Grossen Rat nach wie vor in der Minderheit sind. «Deswegen stellen

wir auf unserer Liste junge Frauen nach vorne», lässt sich Co-Parteipräsident Álvaro Ullate in der Mitteilung zitieren. Das sei keine Bevormundung, die Jungen Grünen wollten einfach, dass Frauen in der Politik angemessen repräsentiert seien.

## Weihrauch gibt ab, Ullate übernimmt

Álvaro Ullate wurde an der Parteiversammlung ins Co-Präsidium gewählt. Der 20-Jährige übernimmt das Amt von Peter Weihrauch, der nach zwei Jahren an der Parteispitze zurückgetreten ist. Ullate leistet derzeit Zivildienst und ist aus Wettingen.

Seit einem guten Jahr ist er im Parteivorstand. Dem Präsidium erhalten bleibt die 18-jährige Klimaaktivistin und Kantonschülerin Mechtild Mus, die von der Versammlung wiedergewählt worden ist.



Das neue Co-Präsidium der Jungen Grünen: Álvaro Ullate und Mechtild Mus.

Bild: zvg

# Die Bertschi Gruppe steigert den Umsatz

Die Bertschi Gruppe nahm in China ihr neues Chemie-Logistikzentrum in Betrieb.

Die Bertschi Gruppe mit Hauptsitz in Dürrenäsch konnte ihre Verkäufe im Jahr 2022 um 8 Prozent auf 1,1 Milliarden Franken steigern. Dies schreibt das Unternehmen in seiner Mitteilung vom Dienstag. Trotz der weltweit steigenden Inflation und einem starken Einbruch in der Produktion der chemischen Industrie Europas sei es dem Logistikunternehmen gelungen, das Jahr mit einem positiven Geschäftsergebnis zu beschliessen.

Diesen Erfolg macht das Unternehmen unter anderem an der positiven Entwicklung der 2012 initiierten globalen Transportkonzepte zwischen Asien, Amerika, Europa und dem Mittleren Osten fest, wie es im Schreiben weiter heisst.

## Neues Logistikzentrum für Chemie-Gefahrgüter

Trotz des herausfordernden Marktumfelds habe die Bertschi Gruppe auch im vergangenen Jahr Investitionen von rund 120 Millionen Franken getätigt. Die Mittel seien etwa in die Erweiterung der nachhaltigen Logistikinfrastruktur, den Ausbau der Tank- und Silocontainerflotten mit inzwischen 42 000 Einhei-

ten und die digitale Transformation geflossen.

Als wichtige Investition benennt das Aargauer Unternehmen auch die Inbetriebnahme seines neuen Logistikzentrums für flüssige Chemie-Gefahrgüter im chinesischen Zhangjiagang. Dieses Lager- und Abfüllzentrum mit einer Kapazität von 25 000 Tonnen in Tankcontainern gelagerter Flüssigprodukte und 25 000 Tonnen verpackter Güter sowie automatischen Abfüllanlagen soll als eines der sichersten und nachhaltigsten Chemie-Logistik-Zentren in China gelten.

Nach einem erfolgreichen Probetrieb habe die Anlage im Januar 2023 die definitive Betriebsbewilligung erhalten. «Durch die strategisch gute Lage des Logistik-Hubs im Yangtze-Flussdelta, unweit von Shanghai, und die direkte Erreichbarkeit auf dem Wasserweg ist die Infrastruktur ideal positioniert, um unseren Kunden im globalen Tankcontainergeschäft nicht nur Transportleistungen, sondern nachhaltige Lieferketten von Tür zu Tür anbieten zu können,» wird Verwaltungsratspräsident Hans-Jörg Bertschi in der Mitteilung zitiert. (luk)